

Berlin, den 05.03. 2026

Antworten Fragenkatalog Expertenkommission des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ).

Hearing 3 - Praxisperspektiven von Eltern, Pädagogik, Jugendhilfe, Polizei und Justiz

Einleitung (institutionelle Perspektive)

Bevor ich auf die einzelnen Fragen des Katalogs eingehe, möchte ich einige grundsätzliche Anmerkungen voranstellen, wie wir heute Informationen erhalten und verarbeiten. Dies ist aus Sicht des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zentral, weil diese Entwicklungen den Rahmen definieren, in dem sich heute Medienproduktion, Mediennutzung, Informationsvermittlung und Kompetenzanforderungen bewegen.

Wir als öffentlich-rechtlicher Rundfunk sind nicht nur Produzenten und Anbieter von Inhalten, wir tragen Verantwortung für die Sicherung eines verlässlichen öffentlichen, frei zugänglichen Informationsraums. Wir stellen Informationen unabhängig von wirtschaftlichen oder politischen Interessen bereit und leisten damit einen Beitrag zur gemeinsamen Grundlage gesellschaftlicher Verständigung.

Das Bundesverfassungsgericht betont seit Jahrzehnten, dass freie individuelle und öffentliche Meinungsbildung nur möglich ist, wenn Bürgerinnen und Bürger Zugang zu vielfältigen, überprüften und einordnungsfähigen Informationen haben. Laut BVerfGE wird dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk dabei eine besondere Rolle zugewiesen: Er trägt zur Orientierung im Informationsraum und damit zur Funktionsfähigkeit der demokratischen Öffentlichkeit bei.¹

Ein zentraler Bestandteil dieses verfassungsrechtlich begründeten und im Medienstaatsvertrag konkretisierten Auftrags ist es, sorgfältig geprüfte und kontextualisierte Informationen bereitzustellen; das heißt, Fakten nicht isoliert, sondern im sachlichen Zusammenhang zu vermitteln. Um besser zu verstehen, wie wir diesen Auftrag unter den heutigen Bedingungen

¹ Laut Kernpunkten der sog. Rundfunkurteile des Bundesverfassungsgerichts muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk durch Qualität und Vielfalt zur demokratischen Meinungsbildung beitragen:

- I. **Grundsatz der verlässlichen Information/ Vielfalt:** Das BVerfG führt aus, dass die freie Meinungsbildung nur möglich ist, wenn der Bürger Zugang zu vielfältigen Informationen hat, die eine Einordnung ermöglichen. [BVerfGE 57, 295 <320>; Erstes Rundfunkurteil; BVerfGE 90, 60 <88> (Viertes Rundfunkurteil)].
- II. **Besondere Funktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks:** Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt die Aufgabe zu, eine „Grundversorgung“ zu gewährleisten. Diese soll eine verlässliche Orientierung bieten, ausgewogen sein und darf nicht zu einer „Verflachung“ führen. [BVerfGE 73, 118 <157 f.> (Rundfunk-Urteil); BVerfGE 90, 60 <88> (Viertes Rundfunkurteil)].
- III. **Funktionsfähigkeit der Demokratie:** Die Rundfunkfreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG) dient demnach der Demokratie. [BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 10. Juli 2002 - 1 BvR 354/98 (sog. „ZDF-Urteil“)].

Berlin, den 05.03. 2026

erfüllen, ist es sinnvoll, zunächst die strukturellen Veränderungen zu skizzieren, die die Erschließung, Verbreitung, Wahrnehmung und Bewertung von Informationen prägen.

I. Strukturwandel der Informationsnutzung

Wir beobachten eine deutliche Veränderung im Nutzungs- und Konsumverhalten „informationeller Formate“ im Vergleich zu der Zeit vor der massenhaften Smartphone- und Plattformnutzung, als Informationsangebote überwiegend über klar abgegrenzte Kanäle wie Zeitung, Radio oder Fernsehsendungen rezipiert wurden. Information wird zunehmend fragmentiert, zugespitzt, beschleunigt. Dabei ist nicht nur die technische Darreichungsform gemeint, sondern die strukturelle Logik der Vermittlung: kurze Videoclips, visuelle Reizverdichtung und algorithmisch kuratierte Feeds; also personalisierte Beitragslisten, die anhand von Klicks und Interaktionen zusammengestellt werden. Diese Darbietungsformen begünstigen strukturell schnelle Urteile und emotionale Reaktionen, während Kontextualisierung und Differenzierung von Inhalten in den Hintergrund treten. Diesbezüglich lauten die gesellschaftlichen Herausforderungen:

Wie kann Verlässlichkeit gesichert werden, wie bleibt sie attraktiv?

Wie bleibt Differenzierung vermittelbar?

II. Differenzierung der Gefährdungslagen

Die gegenwärtige Debatte über Mediennutzung vermischt häufig unterschiedliche Erscheinungsformen. Eine präzise Differenzierung ist notwendig.

Mindestens fünf Problemlagen lassen sich unterscheiden:

1. Bewusst falsche Information (Desinformation):

Inhalte, die gezielt falsch verbreitet werden, um zu täuschen, zu manipulieren oder Vertrauen in Institutionen zu untergraben. Durch Fortschritte in der generativen Künstlichen Intelligenz wird es zunehmend einfacher, täuschend echte Bilder, Videos oder Tonaufnahmen zu erzeugen oder zu verändern. Diese sogenannten Deepfakes können gezielt eingesetzt werden, um Personen falsche Aussagen zuzuschreiben oder Ereignisse zu simulieren, die nie stattgefunden haben. Das Risiko liegt jedoch nicht nur in der konkreten Täuschung. Ebenso problematisch ist eine zweite Wirkung: Wenn Bürgerinnen und Bürger zunehmend damit rechnen müssen, dass Bilder oder Tonaufnahmen manipuliert sein könnten, kann dies zu einem generellen Vertrauensverlust gegenüber audiovisuellen Belegen führen.² Öffentlich-rechtliche Medien greifen diese Herausforderung auch in eigenen Formaten auf und diskutieren

² In der Medienethik und Desinformationsforschung wird dieses Phänomen als „liar’s dividend“ [dt. etwa „Lügnerdividende“ o. Gewinn des Lügners] beschrieben. Selbst echte Aufnahmen können dann leichter als Fälschung dargestellt werden. Dadurch entsteht zusätzliche Verunsicherung im öffentlichen Diskurs. Quellen:

- [The Liar's Dividend: Deepfakes, synthetic media, and the cybersecurity disinformation crisis | Biometric Update](#), 06. August 2025

- [The Liar's Dividend: Preserving Trust in an AI-Fueled World](#), 15. Juli 2025

- „Täuschend echt, authentisch falsch“ Danke künstlicher Intelligenz ist es einfacher denn je, Wähler zu manipulieren. In: Die Zeit vom 26. Mai 2024. [Deepfakes: Täuschend echt, authentisch falsch | DIE ZEIT](#)

Berlin, den 05.03. 2026

Strategien zur Erkennung von Desinformation, etwa im Rahmen der ARD-Aktionswoche „FaktenSicher für Demokratie – gemeinsam gegen Desinformation.“³

2. **Kontextverschiebung:**

Inhaltlich richtige Informationen, die aus dem Zusammenhang gelöst werden und dadurch eine irreführende Bedeutung bekommen können.

3. **Bewertungsmanipulation:**

Richtige Informationen, die durch emotionale Zuspitzung oder algorithmische Verstärkung so gewichtet werden, dass ein übertriebener oder einseitiger Eindruck entsteht [mit algorithmischer Verstärkung ist gemeint, dass Plattform-Algorithmen bestimmte Inhalte aufgrund hoher Interaktion (Likes, Kommentare, Teilungen, Verweildauer) bevorzugt weiterverbreiten, sodass sie überproportional sichtbar werden, auch wenn sie nur einen Ausschnitt der Realität darstellen].

4. **Relevanzverdrängung:**

Sorgfältig recherchierte und gesellschaftlich relevante Informationen, die im Umfeld stark emotionalisierter oder reichweitenoptimierter Inhalte weniger Aufmerksamkeit erhalten.

Diese Punkte zeigen, wie Informationen aufbereitet und manipulativ beeinflusst werden können. Daneben besteht eine weitere Gefahr, die zunächst unabhängig von diesen Mechanismen zu betrachten ist.

5. **Ungehinderter Zugang zu drastischen Inhalten**

Neben informationsbezogenen Verzerrungen besteht eine weitere Herausforderung: Die digitale Umgebung ermöglicht einen nahezu unmittelbaren Zugang zu drastischen Inhalten, darunter reale Gewalt- und Tötungsdarstellungen oder pornografische Inhalte.

Solche Inhalte sind nicht redaktionell eingeordnet, nicht altersgerecht gefiltert und häufig ohne wirksame Zugangshürden abrufbar. Ihre Wirkung ist unmittelbar und kann insbesondere bei jungen Nutzerinnen und Nutzern verunsichernd oder schädigend sein.

Diese Differenzierung ist deshalb wichtig, weil die beschriebenen Sachverhalte unterschiedliche gesellschaftliche Wirkungen entfalten können: Vertrauensverlust in verlässliche Informationen und ihre Quellen, Polarisierung, der Verlust von Differenzierungsfähigkeit bis hin zu Abstumpfung gegenüber Gewaltbildern. Die Folge kann eine schleichende Erosion der gemeinsamen Verständigungsgrundlage sein, auf die demokratische Gesellschaften angewiesen sind.

III. **Veränderte Orientierung bei Erst-Informationsquellen**

Für viele Menschen beginnt die Orientierung über aktuelle Ereignisse heute nicht mehr bei klassischen journalistischen Angeboten, sondern durch plattformbasierte Informationsströme.

³ rbb / rbb24 Inforadio: „Fakten statt Fiktion – gemeinsam gegen Desinformation“, Podiumsdiskussion im Rahmen der ARD-Aktionswoche „FaktenSicher für Demokratie“. Link: [Medienkompetenz - FaktenSicher für Demokratie: Fakten statt Fiktion – Gemeinsam gegen Desinformation - hier anschauen](#)

Berlin, den 05.03. 2026

Wenn öffentlich-rechtliche Medien informieren, treffen sie nicht selten auf bereits gebildete Meinungen oder emotionale Vorprägungen. Das ist in einer pluralistischen Gesellschaft zunächst selbstverständlich. Diskutiert wird jedoch, inwiefern digitale Kommunikationsdynamiken, etwa durch Emotionalisierung oder algorithmische Selektion, bestehende Überzeugungen verfestigen oder gar radikalisieren. Es geht also um die Frage, ob und wie ihre strukturelle Verstärkung die öffentliche Meinungsbildung beeinflusst. Neben unserer Aufgabe als primäre Informationsquelle gewinnt für uns damit auch die Funktion der Einordnung und Verifikation zunehmend an Bedeutung. Dadurch verändern sich auch die Anforderungen an Selbstverständnis und Arbeitsethos des öffentlich-rechtlichen Journalismus.

IV. Regulierung allein ist nicht ausreichend

Regulierung ist ein zentraler Bestandteil des digitalen Ordnungsrahmens. Dazu gehören gesetzliche Vorgaben, Transparenzanforderungen für algorithmische Systeme, wirksame Altersverifikationsmechanismen sowie die Verpflichtung zur Entfernung strafbarer Inhalte.

Gleichzeitig wirkt Regulierung strukturell reaktiv. Sie setzt meist dort an, wo problematische Dynamiken bereits sichtbar geworden sind, während sich digitale Geschäftsmodelle kontinuierlich weiterentwickeln. Dadurch entsteht eine zeitliche Lücke zwischen Innovation und Regulierung. Zudem kann Regulierung zwar Rahmen setzen und bestimmte Risiken begrenzen, sie kann jedoch nicht vollständig steuern, wie Inhalte wahrgenommen, interpretiert oder weiterverbreitet werden. Gesetze und technische Schutzmechanismen können daher Prävention nur teilweise gewährleisten. Um sie wirksam zu stärken, bedarf es stärkerer Medienkompetenz im Umgang mit digitalen Inhalten.

Leitthese

Vor diesem Hintergrund wird Medienkompetenz zu einer zentralen Schutzdimension im digitalen Informationsraum. Sie betrifft nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern alle Generationen. Auch Erwachsene sind denselben algorithmischen Aufmerksamkeitsstrukturen, Desinformationsdynamiken und emotionalisierenden Kommunikationsformen ausgesetzt. Erst wenn Menschen verstehen, wie Information entsteht, wie sie eingeordnet wird, wie Plattformen Inhalte gewichten, und wie Manipulation funktioniert, können gesetzgeberische Regulierung, Journalismus und Jugendschutz ihre Wirkung nachhaltig entfalten.

Mit dieser Perspektive möchte ich nun auf die einzelnen Fragen des Katalogs eingehen.

Berlin, den 05.03. 2026

Die Fragen im Einzelnen:

LEITFRAGE:

Wie gestalten sich Chancen, Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe im Umgang mit digitalen Welten aus Sicht von Eltern, pädagogischen Fachkräften, Jugendhilfe, Polizei und Justiz, um Kinder und Jugendliche wirksam zu stärken und zu schützen?

Aus verschiedenen Perspektiven – als Mitglied der ARD-AG Medienkompetenz, als Vertreterin der ARD in der Lenkungsgruppe zur Gründung der Medienkompetenz-Allianz von ARD, Deutschlandradio und ZDF, als Journalistin im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und auch als Mutter – ist für mich eines sehr deutlich: Die digitale Realität unserer Kinder ist kein „Nebenschauplatz“ mehr. Sie ist Lebensraum.

Genau deshalb ist Medienkompetenz weit mehr als eine pädagogische Ergänzung. Sie bildet die Voraussetzung dafür, dass Schutz überhaupt greifen kann.

1. Die zentrale Herausforderung: Fehlende gemeinsame Maßstäbe

Aus meiner Sicht besteht die größte Schwierigkeit darin, dass alle Beteiligten, Eltern, Schulen, Jugendhilfe, Polizei und Justiz, zwar jeweils handeln, aber oft nicht nach denselben Kriterien.

Die zentralen Fragen sind:

Ab wann ist Mediennutzung problematisch?

Ist es eine Frage der Stunden, des Inhalts, der emotionalen Wirkung?

Wir diskutieren Bildschirmzeiten, aber viel zu selten sprechen wir über Informationsqualität, über algorithmische Verstärkung oder über subtile Formen von Manipulation.

Gefährdung besteht heute nicht nur in exzessive Nutzung.

Gefährdung ist Desinformation, Radikalisierungsdynamik, sexualisierte Ansprache, gruppendynamischer Druck; all das oft unsichtbar für Erwachsene.

Hier braucht es klar definierte, interdisziplinär entwickelte Kriterien:

Wann sprechen wir von entwicklungsgefährdender Nutzung?

Wann von strafrechtlicher Relevanz?

Wann von pädagogischem Unterstützungsbedarf?

Ohne gemeinsame Maßstäbe entsteht Unsicherheit und Unsicherheit führt zu Verzögerung.

2. Unterstützungsbedarf: Strukturierte Zusammenarbeit statt Einzelfallreaktion

Ein weiterer zentraler Punkt ist die operative Zusammenarbeit. Wenn heute Hilferufe bei Polizei, Schule oder Jugendhilfe eingehen, werden sie häufig als Einzelfälle behandelt. Dabei sind viele digitale Gefährdungen struktureller Natur.

Was es aus meiner Sicht bräuchte, sind:

- standardisierte Melde- und Dokumentationssysteme
- interoperable digitale Tools
- klare Zuständigkeiten

Berlin, den 05.03. 2026

- eine Art strukturiertes „Ticketsystem“ für digitale Vorfälle

Nicht nur, um schneller zu reagieren, sondern um Muster zu erkennen. Denn digitale Gewalt, Grooming, also die gezielte Anbahnung sexueller Kontakte zu Minderjährigen über das Internet, oder Radikalisierung sind selten isolierte Ereignisse. Sie folgen Mustern, die analysierbar wären, wenn es eine systematische Zusammenarbeit gäbe. Aus Elternsicht: Angefangen mit einer Stelle, an die sich Eltern bei Hilfsbedarf wenden können.

3. Regulierung ist vorhanden, ihre Wirksamkeit hängt vom Verständnis ab

Mit dem Digital Services Act verfügt Europa über ein Regelwerk, das Plattformverantwortung klar adressiert. Das ist eine große Chance.

Aber Gesetze entfalten nur dann Wirkung, wenn sie einheitlich ausgelegt und konsequent umgesetzt werden und beides setzt voraus, dass sie allgemein bekannt gemacht und verstanden werden.

Im journalistischen Alltag erlebe ich wie komplex Plattformarchitekturen sind, selbst für Erwachsene. Wie sollen erst Kinder oder Jugendliche nachvollziehen, warum bestimmte Inhalte sichtbar werden und andere nicht? Es ist notwendig, dass junge Menschen von sich aus verstehen, wie Plattformen Inhalte gewichten, wie Reichweite entsteht und wie Polarisierung verstärkt wird.

Deshalb ist Regulierung wichtig, aber ohne Medienkompetenz bleibt sie abstrakt.

I. Digitale Welten im Familienalltag („Doing Family digital“)

1 Welche positiven Funktionen erfüllen digitale Medien für Kinder, Jugendliche und Familien (Teilhabe, Kommunikation, Bildung, Kreativität)?

Den beschriebenen Gefahren digitaler Medien stehen durchaus Potenziale gegenüber. Digitale Räume können Informationen schnell verbreiten, eine Vernetzung und einen Konsens mit Gleichgesinnten herstellen, die vorher undenkbar waren und sie können komplexe oder sperrige Themen zugänglich machen.

So kann Vereinfachung zur Verzerrung führen oder zur Verständlichkeit beitragen. Simplifizierung muss nicht sinnentstellend sein, ebenso wenig wie Konsumierbarkeit. Das lässt sich an etablierten Formaten der analogen Medienwelt beobachten. Um ein Beispiel aus der analogen Fernsehwelt zu nennen: Viele Erwachsene gucken ausgesprochen gerne die *Sendung mit der Maus*, weil sie ihre Erklärvideos so gut finden. Das heißt, man kann komplexe Dinge, wenn sie einfach und ansprechend erklärt werden, viel leichter aufnehmen und sie sich auch mit viel mehr Interesse anschauen. Im Grunde ist Vieles im Internet eine „einzige Sendung mit der Maus.“

Die Ambivalenz liegt in den zugrunde liegenden Mechanismen non-linearer Kommunikation: Digitale Anwendungen sprechen gezielt das Belohnungssystem des Gehirns an durch kurze Reize, unmittelbare Rückmeldungen und die subtile Verstärkung des Gedankens „*ein Klick geht noch*“, sodass wir noch schnell zwei oder drei weitere Beiträge ansehen oder Posts absetzen

Berlin, den 05.03. 2026

können. Diese Mechanismen sind an sich nicht problematisch. Belohnung und Motivation sind grundsätzlich menschlich nachvollziehbar. Entscheidend ist, wie sie genutzt werden. Der Endorphin-Ausstoß, wenn man Rauschmittel zu sich nimmt, den erhält man auch, wenn man Marathon läuft. Endorphine sind nicht das eigentliche Problem, sie sind dann ein Problem, wenn sie durch etwas Gesundheitsschädliches ausgelöst werden.

Was digitale Medien potenziell riskant macht, ist weder die Vereinfachung von Inhalten noch der Belohnungsmechanismus selbst, sondern die Art und Weise, wie diese Mechanismen eingesetzt und ausgerichtet werden. Werden diese Reize verantwortungsvoll gestaltet und bewusst genutzt, können sie positive Funktionen erfüllen. Werden sie jedoch primär auf kurzfristige Aktivierung und Dauerbindung programmiert, entsteht ein gesundheitliches und gesellschaftliches Risiko, weil permanente Reizsetzung Selbstregulation erschweren, Abhängigkeitstendenzen fördern und differenzierte Meinungsbildung beeinträchtigen kann.

Zweifelsohne bieten digitale Räume:

- Teilhabe
- politische Bildung
- kreative Ausdrucksmöglichkeiten
- niedrigschwellige Beratung
- Vernetzung über soziale Grenzen hinweg

Zudem entwickeln viele Jugendliche eine erstaunliche Resilienz, wenn ihr Umgang mit Medien mit Verstand begleitet wird. Wenn Kinder und Jugendliche verstehen, warum ein Video viral geht oder warum eine Schlagzeile bewusst emotionalisiert, verlieren Inhalte einen Teil ihrer manipulativen Kraft.

Verstehen schafft Distanz. Distanz schafft Souveränität.

Grundlegend lässt sich zusammenfassen: Digitale Medien sind kein neutraler Zusatz zum Familienalltag. Sie verändern strukturell, wie Kindheit und Jugend verlaufen. Vergleicht man die Lebenswirklichkeit vor Social Media mit heute, lassen sich mehrere signifikante Verschiebungen beobachten:

Dauerpräsenz von Öffentlichkeit

In der vordigitalen Welt waren Kindheit und Jugend ein geschützter Raum, ein Raum, in dem Fehler begangen wurden, die einen Lerneffekt zur Folge hatten. Peinlichkeiten verblassten, Konflikte waren lokal begrenzt, Identität konnte ausprobiert werden, auch indem sich Kinder Gefahren aussetzten, beim Spielen auf der Straße beispielsweise oder beim Fahrradfahren ohne Helm.

Heute ist nahezu jede Äußerung potenziell öffentlich, speicherbar und kontextlos weiterverbreitbar. Das verändert Entwicklung. Viele handeln, ohne sich der langfristigen digitalen Spur, die sie hinterlassen, bewusst zu sein. Selbst kleine Unachtsamkeiten können über Jahre hinweg abrufbar bleiben und reale Folgen für Ausbildung, Beruf oder gesellschaftliche Teilhabe haben, denn das Internet vergisst nicht.

Die naheliegende Antwort darauf, vorsichtiger und kontrollierter zu handeln, hat jedoch ebenfalls eine problematische Seite: Kinder und Jugendliche werden dadurch sehr früh an

Berlin, den 05.03. 2026

strategisches Denken herangeführt. Schadet mir das, was ich jetzt mache, möglicherweise irgendwann? Sie werden zu einer Art „Big Brother Denken“ erzogen. Es entsteht ein permanentes Bewusstsein darüber, gesehen und bewertet zu werden. Die strategische Kalkulation beginnt bereits bei harmlosen Posts. Wie wirkt das? Wer sieht das? Wie viele Likes bekomme ich? Das ist eine Scheinwährung. Wie viele Likes etwas bekommt, heißt ja nicht automatisch, wie qualitativ hochwertig ein Beitrag ist, oder wie wichtig, sondern heißt zunächst nur, wie viele Leute sich an der Stelle die kleine Mühe gemacht haben, auf den richtigen Knopf zu drücken. In der Empfindung jedes Einzelnen oder jeder Einzelne wird das aber zu einer gewichtigen Aussage. Kindheit und Jugend stehen damit nicht nur unter einem subtilen Dauerbeobachtungsdruck, sondern auch unter einem ständigen Impuls zur Selbstkontrolle und zur Anpassung an die Bewertungs- und Vergleichslogiken sozialer Plattformen, die häufig Selbstoptimierungsdruck erzeugen.

Intensivierung von Vergleichsdynamiken

Zwischenmenschliche Vergleiche gab es immer. Aber nie in dieser Intensität und Taktung durch globale Reichweite. Jugendliche vergleichen sich heute nicht mehr mit der Parallelklasse, sondern mit kuratierten Idealbildern von Körper, Erfolg, Lifestyle oder politischer Haltung.

Was als attraktiv oder erstrebenswert gilt, variiert, etwa gebräunte Haut in westlichen Kontexten oder besonders helle Haut in Teilen Asiens. Die Bilder zirkulieren plattformübergreifend und gelangen unabhängig vom eigenen sozialen Umfeld in den Feed. Dieser permanente Abgleich mit kulturell geprägten, idealisierten Darstellungen, zugleich algorithmisch vermittelten Maßstäben beeinflusst Selbstwert, Risikoverhalten und Zugehörigkeitsgefühl.

Verschiebung von Autoritäten und Orientierungsinstanzen

Früher waren Familie, Freundeskreis, Schule die zentralen Referenzräume. Heute konkurrieren sie mit Influencern, maschinell kuratierten Trends und globalen Peer-Gruppen. Das heißt nicht, dass Eltern oder Lehrkräfte bedeutungslos wären, ihre Vorbildfunktion scheint aber immer mehr zu verblassen. Orientierung entsteht heute in digitalen Resonanzräumen. Und diese Resonanz wird nicht nach pädagogischen Kriterien organisiert, sondern nach Aufmerksamkeit. Das verändert Machtverhältnisse und Erziehungsdynamiken. Ein Beispiel dafür ist das „Rage Baiting“; die bewusste Veröffentlichung provokanter oder offensichtlich falscher Inhalte mit dem Ziel, Empörung auszulösen. Je stärker die emotionale Reaktion, desto höher die Interaktion und damit die Reichweite. Aufmerksamkeit wird zur eigentlichen Währung. Nicht Zustimmung, sondern Erregung treibt Sichtbarkeit, nach dem Motto: „Any news is good news“. Dieses Beispiel zeigt, dass Aufmerksamkeit als Wert an sich nicht automatisch positiv ist. Inhalte werden nicht geteilt, weil sie informativ oder konstruktiv sind, sondern weil sie Empörung erzeugen.

Entgrenzung von Konflikten

In der vordigitalen Zeit wurden Konflikte in deutlich abgegrenzten Orten ausgetragen: so war der Schulhof als räumliche und die Schulleitung als hierarchische Grenze vorhanden. Beide Begrenzungen sind im digitalen Raum weitgehend aufgehoben.

Heute wandern Konflikte ins Digitale, multiplizieren sich, werden kommentiert, geteilt, verstärkt. Online geführte Auseinandersetzungen vervielfachen sich nicht nur, sie verselbstständigen sich. Kommentare, Weiterleitungen und algorithmische Verstärkung führen dazu, dass lokale Ereignisse schnell globale Sichtbarkeit erlangen. Ein einzelner Vorfall kann sich blitzschnell zum

Berlin, den 05.03. 2026

internationalen Thema auswachsen. Kritische Kommentare für eine sehr lokale Angelegenheit werden zum globalen Shitstorm-Phänomen.

Das verändert das Belastungserleben. Klare „Offline-Zonen“ existieren kaum noch. Eine potenziell permanente Öffentlichkeit beeinträchtigt das Sicherheitsgefühl. Das hat Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Digitale Medien sind kein neutraler Zusatz zum Familienalltag. Sie verändern Strukturen von Öffentlichkeit, Autorität, Vergleichbarkeit untereinander und verstärken Konflikte mit gleichzeitiger Minderung der Konfliktfähigkeit.

Nur wenn Familien verstehen, wie diese Dynamiken funktionieren, können sie digitale Welten so gestalten, dass sie tatsächlich Teilhabe, Bildung und Kreativität ermöglichen, statt bloß Beschleunigung und Druck zu produzieren.

Medienkompetenz kann in diesem Zusammenhang als kulturelle Schlüsselkompetenz verstanden werden.

Fazit im Sinne meiner Leitthese

Kinder und Jugendliche lassen sich nicht allein durch Kontrolle, Strafverfolgung oder technische Filtersysteme schützen. Wirksamer Schutz entsteht erst, wenn Menschen befähigt werden, digitale Mechanismen zu verstehen und selbstbestimmt mit ihnen umzugehen.

Medienkompetenz hat dabei nicht nur eine individuelle, sondern eine gesellschaftliche Dimension: Wenn Bürgerinnen und Bürger Desinformation erkennen, algorithmische Auswahlmechanismen verstehen und emotionale Zuspitzungen einordnen können, stabilisiert das die öffentliche Meinungsbildung insgesamt. Medienkompetenz ist daher keine flankierende Maßnahme, sondern eine zentrale Voraussetzung für Orientierung und demokratische Teilhabe im digitalen Zeitalter. Gerade in einer Zeit, in der mithilfe künstlicher Intelligenz täuschend echte Bilder, Stimmen und Videos erzeugt werden können, wird die Fähigkeit, Informationen kritisch zu prüfen und einzuordnen, zu einer Demokratiekompetenz.

2 Wo erleben Eltern konkret Überforderung im Umgang mit Plattformlogiken und Geräteeinstellungen (Algorithmisierung, Dauerverfügbarkeit, Monetarisierung)?

Je nach Vertrautheit können Eltern auf unterschiedliche Art überfordert sein. Überforderung entsteht weniger bei der Bedienung eines Geräts, sondern eher beim Verstehen der dahinterliegenden Logik. Kinder bewegen sich intuitiv durch Apps, wechseln Plattformen mühelos, verstehen Trends sofort. Eltern stoßen insbesondere an Grenzen, wenn es um unsichtbare Mechanismen geht:

Algorithmisierung

Eltern sehen Inhalte, aber nicht, warum genau diese Inhalte erscheinen. Warum rutscht ein Kind plötzlich in einseitige Themenwelten? Warum verändern sich Feeds innerhalb weniger Tage drastisch? Diese Dynamik ist schwer nachvollziehbar.

Dauerverfügbarkeit

Geräte sind nicht nur Kommunikationsmittel, sondern soziale Eintrittskarte. Eltern stehen vor dem Dilemma: Begrenzen sie, riskieren sie Ausschluss ihres Kindes aus seinem sozialen Umfeld

Berlin, den 05.03. 2026

im digitalen Raum. Lassen sie laufen, riskieren sie Überforderung. Klare Abschaltmomente sind sozial nur in eng definierten Kontexten durchsetzbar.

Monetarisierung und versteckte Anreize

Die meisten Plattformen sind darauf ausgelegt, Aufmerksamkeit in Profit zu verwandeln. Belohnungssysteme, In-App-Käufe, Creator-Ökonomien, bei denen Reichweite direkt monetarisiert wird, sind strategisch aufgebaut. Eltern erkennen oft nicht, wann ihr Kind Nutzendes ist und wann Produkt.

Die eigentliche Überforderung entsteht also nicht aus mangelnder Technikkompetenz, sondern aus einem Wissensgefälle über Geschäftsmodelle und Wirkmechanismen.

3 Welche Konflikte entstehen im Familienalltag durch bspw. exzessive Nutzung, In-App-Käufe, soziale Vergleichsdynamiken?

Im Familienalltag entstehen sehr konkrete Reibungen:

Machtfrage um Zeit

Eltern wollen begrenzen, Kinder wollen nicht verzichten. Aus einem pädagogischen Impuls wird schnell ein täglicher Aushandlungsprozess oder ein Machtkampf. Es geht dann nicht mehr nur um Minuten, sondern um Autonomie. Und die Belohnung ist etwas, das Eltern instinktiv oft ablehnen. Wie Schokolade als Preis fürs Aufräumen.

Finanzielle Konflikte durch In-App-Käufe

Viele Angebote sind scheinbar kostenlos, erzeugen aber Kaufanreize im Spiel oder in sozialen Netzwerken. Der ‚Fortschritt‘ kostenfrei heruntergeladener Spiele (aller Art) kann beschleunigt werden, indem man zusätzlich Fortschrittspakete kauft. Diese können beispielsweise Getreide in einem Bauernhofspiel, Stärkung des Helden bis hin zum Wegfall von Werbung beinhalten. Wenn das iPad mit dem PayPal-Konto der Eltern verbunden ist, kann man ‚Fortschritte‘ in diesen Spielen kaufen oder bezahlen ohne Identitätsprüfung. Eltern erleben Überraschungen auf der Rechnung. Kinder erleben Frust, wenn digitale Statussymbole verwehrt werden. Das führt zu Vertrauenskonflikten.

Stimmungsschwankungen und Reizbarkeit

Das dauerhafte Bildschirmlicht, schnelle Bildfolgen und permanente Reize erschweren das Abschalten. Die Übergänge vom Gerät zurück in den Familienalltag sind oft emotional aufgeladen.

Vergleichsdruck im Nahbereich

Wenn Gleichaltrige bestimmte Marken, Skins oder Reichweiten vorweisen, entsteht sozialer Druck. Manche Kinder haben soziale Kontakte nur digital, wie zum Beispiel über Video-Spiel-Systeme, fallen diese weg, haben sie keine Freunde mehr. Eltern geraten in die Rolle derjenigen, die verhindern und nicht derjenigen, die ermöglichen. Das erzeugt Spannungen, die weit über die reine Mediennutzung hinausgehen, sie betreffen Beziehung, Vertrauen und Rollenverständnis innerhalb der Familie.

Berlin, den 05.03. 2026

4 Inwiefern stellen Sharenting und Family-Influencing eine Beeinträchtigung des Rechts von Kindern auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung dar? Ergibt sich daraus regulatorischer Handlungsbedarf, ohne wiederum die elterliche Erziehungsfreiheit unverhältnismäßig einzuschränken?

Dies ist ein hochsensibler Bereich: Eltern haben das Recht und die Verantwortung, über ihre Familie und ihre Kinder zu entscheiden. Gleichzeitig haben Kinder ein eigenes Recht auf Privatsphäre und das beginnt nicht erst mit der Volljährigkeit.

Sharenting und insbesondere Family-Influencing führen dazu, dass Kindheit dauerhaft öffentlich dokumentiert wird. Digitale Spuren sind kaum reversibel. Wenn Reichweite oder sogar Monetarisierung hinzukommen, entsteht ein strukturelles Ungleichgewicht: Das Kind ist sichtbar, aber nicht entscheidungsfähig.

Ob daraus konkreter Regulierungsbedarf folgt, müssen Politiker bzw. die Gesellschaft klären. Was jedoch klar erkennbar ist: Es braucht deutlich mehr Bewusstsein bei Eltern für die Tragweite digitaler Öffentlichkeit. Erziehungsfreiheit bleibt ein hohes Gut, aber sie sollte auf informierten Entscheidungen beruhen.

5 Ab welchem Punkt wird aus intensiver Nutzung eine entwicklungsrelevante Problematik (z.B. Kontrollverlust, Rückzug, Schlafmangel)?

Intensive Nutzung wird dann problematisch für eine gesunde Entwicklung des Kindes, wenn bereits eines der folgenden Anzeichen sichtbar wird:

Kontrollverlust

Das Kind kann nicht mehr selbstbestimmt pausieren. Vereinbarungen scheitern immer wieder, Abschalten löst starke Unruhe oder Gereiztheit aus.

Verdrängung zentraler Lebensbereiche

Freundschaften, Hobbys, Bewegung oder schulische Aufgaben treten spürbar in den Hintergrund.

Körperliche Folgen

Anhaltender Schlafmangel, Konzentrationsprobleme oder deutliche Erschöpfung sind Warnsignale.

Entscheidend ist nicht die reine Stundenzahl, sondern ob Autonomie, Entwicklung und Gesundheit beeinträchtigt werden.

6 Welche Unterstützung benötigen Eltern konkret – Information, Beratung, technische Tools, strukturelle Regulierung?

Eltern brauchen meiner Ansicht nach konkrete Formen der Unterstützung:

Verständliche, begleitende Information

Kontinuierliche, altersbezogene Orientierung. Was ist altersangemessen? Was ist riskant? Woran erkenne ich problematische Dynamiken?

Vor rund 20 Jahren wurden bundesweit sogenannte „Elternbriefe“ für die ersten Lebensjahre verschickt. Verfasst von Pädagogen, Kinderpsychologinnen und Entwicklungsfachleuten erklärten sie Schritt für Schritt, was ein Kleinkind in welchem Alter emotional und kognitiv

Berlin, den 05.03. 2026

durchläuft. Viele Eltern haben diese Briefe regelrecht verschlungen. Sie halfen, Verhaltensweisen ihrer Kinder einzuordnen und gelassener zu reagieren. Etwas Vergleichbares wäre heute für die digitale Entwicklung angemessen: Eine Art medienpädagogische Begleitung entlang der Altersphasen.

Was bedeutet das erste Smartphone mit zehn? Sollte es das überhaupt geben? Was passiert sozial mit zwölf? Welche Dynamiken sind mit 14 typisch?

Medienkompetenz wäre damit präventiv im Familienalltag verankert und würde nicht erst im Problemfall beginnen.

Niedrigschwellige Beratung

Ansprechstellen, die erreichbar sind, bevor eine Krise entsteht, nicht erst, wenn bereits eskaliert wurde.

Transparente technische Werkzeuge

Einfache, verständliche Einstellungen für Zeitlimits, Käufe oder Sichtbarkeit, ohne dass man Informatik studiert haben muss.

Verlässliche Rahmenbedingungen

Verlässliche Regeln und konsequente Durchsetzung der Regierung entlasten Familien.

Kurz: Eltern brauchen Orientierung, Erreichbarkeit, Handhabbarkeit und Rückendeckung.

II. Risiken und Kompetenzen

1 Welche Schutz- und Resilienzkompetenzen brauchen Kinder und Jugendliche im Umgang mit u.a. Cybermobbing, Cybergrooming, problematischen Schönheitsidealen, Desinformation, Glücksspielmechaniken?

Kinder und Jugendliche benötigen robuste innere Werkzeuge, um sich in digitalen Räumen sicher zu bewegen. Dabei ist zwischen grundlegenden personalen Kompetenzen, etwa Selbstwertstabilität und Frustrationstoleranz und spezifischen digitalen Kompetenzen zu unterscheiden. Beide Ebenen greifen ineinander. Es zeigt sich zunehmend, dass Medienkompetenz keine ausschließlich pädagogische Kinder- und Jugendfrage ist. Auch Erwachsene und ältere Generationen stehen vor ähnlichen Herausforderungen im Umgang mit manipulierten Informationsräumen, emotionalisierenden Inhalten und gezielten Täuschungsstrategien. Medienkompetenz ist als lebenslange gesellschaftliche Kompetenz zu verstehen.

Zu den zentralen Schutz- und Resilienz-Kompetenzen zählen:

Grenzkompetenz

Kinder sollten beurteilen können: Was fühlt sich falsch an? Wann darf ich blockieren, melden, abbrechen? Das gilt besonders bei Cybergrooming oder übergriffiger Kommunikation.

Stabiles Selbstwertgefühl

Wer seinen eigenen Wert nicht permanent aus Likes oder Körperbildern ableitet, ist weniger anfällig für toxische Schönheitsideale oder digitale Abwertung.

Berlin, den 05.03. 2026

Manipulation erkennen

Zu verstehen, wann Inhalte emotionalisieren, polarisieren oder bewusst täuschen, das schützt vor Desinformation und extremen Narrativen. Glücksspielähnliche Elemente, Belohnungssysteme, „Lootbox“-Logiken [digitale Zufallsbelohnungen, bei denen gegen Geld oder Punkte virtuelle „Kisten“ mit ungewissem Inhalt geöffnet werden können]: Jugendliche sollten erkennen, wann sie psychologisch gelenkt werden.

Hilfe-Such-Kompetenz

Kinder müssen wissen, an wen sie sich wenden können, ohne Angst vor Schuldzuweisung oder Sanktionen. Die Problematik beginnt hier oft im Elternhaus. Kinder, die sich nicht einmal trauen, ihren Eltern davon zu erzählen, das wäre ja der erste Schritt, gehen kaum den Weg, sich offiziell Rat zu holen.

2 Wie unterscheiden sich diese Kompetenzen altersgerecht?

Diese Kompetenzen entstehen nicht auf einmal, sondern entwickeln sich mit dem Alter und der kognitiven Reife. Je jünger ein Kind ist, desto konkreter und handlungsorientierter sollten die Lernziele sein. Je älter Jugendliche werden, desto stärker können analytische und reflektierende Fähigkeiten im Mittelpunkt stehen.

Kindergärten und Schulen sollten hierfür systematisch gestärkt werden, ohne ihnen die alleinige Verantwortung zuzuschreiben. Auf jeder Schulstufe ließen sich altersgerechte Formate verankern: Im Kindergarten und in der Grundschule geht es um erste Orientierungs- und Schutzkompetenzen, in der Mittelstufe um Funktionsweisen digitaler Systeme und in der Oberstufe um vertiefte Analyse- und Urteilsfähigkeit.

Im Kindergarten

Bereits im frühen Kindesalter geht es um die Förderung grundlegender sozialer und emotionaler Fähigkeiten, die später im digitalen Raum tragfähig sind.

Im Grundschulalter

Hier geht es vor allem um Basisschutz: einfache Regeln („Keine persönlichen Daten teilen“), klares Benennen von Grenzverletzungen, sofort Hilfe holen dürfen. Kinder brauchen konkrete, leicht merkbare Handlungsanleitungen.

In der frühen Pubertät

Soziale Dynamiken treten in den Vordergrund. Jetzt wird wichtig, Gruppendruck erkennen können, digitale Konflikte einordnen lernen, erste Mechanismen von Inszenierung und Selbstdarstellung verstehen. Hier entsteht das Bewusstsein: Nicht alles, was online wirkt, ist Realität.

In der späten Pubertät

Jugendliche sind kognitiv in der Lage, Strukturen zu durchdringen: ökonomische Interessen hinter Plattformen zu erkennen, politische Desinformation zu erkennen, algorithmische Verstärkung und psychologische Trigger zu durchschauen.

Hier geht es weniger um Verbote und mehr um Analysefähigkeit und Selbststeuerung.

Berlin, den 05.03. 2026

3 Wo liegen die Grenzen individueller Medienkompetenz, wenn Plattformdesigns auf Bindung, Trigger und maximale Verweildauer ausgerichtet sind?

Medienkompetenz ist entscheidend. Aber sie ist nicht allmächtig.

Plattformen sind professionell darauf ausgelegt, Aufmerksamkeit zu binden. Teams aus Verhaltenspsychologen, Datenanalysten und Designer optimieren permanent auf Verweildauer, emotionale Aktivierung und Wiederkehr.

Zu glauben, Selbstdisziplin allein könne das vollständig ausgleichen, wäre naiv.

Die Grenze individueller Medienbildung liegt dort, wo strukturelle Anreize systematisch gegen Selbstregulation arbeiten. Erwachsene aber auch bereits Kinder können durchaus verstehen, dass ein „Endlos-Feed“ oder Push-Benachrichtigungen triggern. Aber Verstehen heißt nicht automatisch Widerstehen. Medienkompetenz ist die Voraussetzung für Souveränität, doch sie braucht faire Rahmenbedingungen.

Wenn Plattformanbieter gezielt Bindungen erzeugen, dann darf Verantwortung nicht ausschließlich beim Individuum liegen. Sonst überfordern wir Familien und verschieben ein strukturelles Problem ins individuell Private.

4 Welche Rolle spielen Kitas, Schule, Jugendhilfe und Eltern jeweils und wo entstehen Zuständigkeitslücken?

Hier zeigt sich vor allem eines: Alle fühlen sich zuständig, aber niemand durchgängig verantwortlich. Spürbar wird eine allgemeine Hilflosigkeit.

Kitas

Hier geht es um Grundlagen: Sprache, Empathie, Frustrationstoleranz, ein erstes Verständnis von Medien und Regeln. Digitale Bildung beginnt hier indirekt über soziale Kompetenz.

Schule

Sie sollte der Ort sein, an dem digitale Mechanismen systematisch erklärt werden: Recherche, Quellenbewertung, Funktionsweisen von Plattformen. In der Realität hängt das stark vom Engagement der Eltern und einzelner Lehrkräfte ab.

Jugendhilfe

Sie wird oft erst aktiv, wenn Probleme sichtbar oder eskaliert sind. Präventive Medienbildung könnte auch hier flächendeckend verankert werden.

Eltern

Sie sind die dauerhafte Instanz, sie moderieren Konflikte, setzen Regeln und fangen emotionale Folgen auf. Fachliche Unterstützung könnte ihnen dabei eine große Hilfe sein.

Die Zuständigkeitslücke für Medienkompetenz entsteht genau dazwischen:

Zwischen Prävention und Intervention. Zwischen technischer Aufklärung und Beziehungsarbeit. Und vor allem zwischen institutioneller Verantwortung und familiärer Realität. Es fehlt eine klare, verbindliche Verzahnung, ein gemeinsames Verständnis, dass Medienkompetenz eine Querschnittsaufgabe ist und nicht delegiert werden kann.

Berlin, den 05.03. 2026

5 Wie und ab welchem Alter kann Medienbildung systematisch verankert werden?

Wie in Kapitel II.2 und II.4 ausgeführt, sollte Medienbildung früh beginnen und lebenslang angelegt sein. Erfolgreiche Beispiele aus anderen Ländern, etwa Finnland und Australien, bestätigen diesen Ansatz. Auch der kürzlich veröffentlichte Bericht des britischen Oberhauses *House of Lords*⁴ unterstreicht, dass Medienbildung möglichst früh einsetzen sollte und punktuelle Projekte nicht ausreichen. Stattdessen sollte Medienkompetenz strukturell, curricular und überprüfbar im Bildungssystem verankert werden. Medienbildung sollte daher nicht erst mit dem ersten Smartphone beginnen, sondern entlang der Bildungsbiografie systematisch aufgebaut werden. Da die Frage II.5 eine altersbezogene Differenzierung vorsieht, werden die Bildungsstufen im Folgenden noch einmal kurz aufgeführt. Eine ähnliche strukturierte Einordnung nimmt auch der Bericht des britischen *House of Lords* vor.

Ab der frühen Kindheit (Kita)

Nicht als Technikunterricht, sondern über Grundlagen: Gefühle benennen, Realität und Fiktion unterscheiden und Regeln verstehen. Das sind Vorstufen digitaler Urteilsfähigkeit.

Ab der Grundschule

Verbindlich im Unterricht: Wie entstehen Informationen? Was ist Werbung? Was ist eine verlässliche Quelle? Hier sollte Medienbildung nicht AG sein, sondern Bestandteil zentraler Fächer.

Ab Sekundarstufe I

Systematisch und analytisch: Plattformökonomie begreifen, algorithmische Auswahl, Desinformation erkennen und digitale Verantwortung übernehmen.

Der House-of-Lords-Bericht macht deutlich: Medienkompetenz darf nicht vom Engagement einzelner Lehrkräfte abhängen. Sie braucht klare Zuständigkeiten, Qualitätsstandards und Evaluation.

Kurz gesagt:

So früh wie möglich beginnen, so verbindlich wie nötig verankern, und als dauerhaften Kompetenzaufbau verstehen, nicht als Reaktion auf Krisen. Medienbildung darf kein Projekt und kein Aktionstag sein. Sie muss ein kontinuierlicher Kompetenzaufbau sein, ähnlich wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Medienkompetenz sollte als grundlegende Kulturtechnik einer digitalen Demokratie behandelt werden.

Verankerung in den Lehrplänen der Länder von Anfang an

Medienkompetenz sollte von Beginn der Schulzeit an curricular verankert sein, nicht als Zusatzmodul, sondern als Querschnittskompetenz.

Aktualisierung der Lehreraus- und Fortbildung

Von Lehrkräften kann nur eine souveräne Vermittlung erwartet werden, wenn Ausbildung und Fortbildung systematisch angepasst werden. Medienbildung darf nicht vom privaten Engagement einzelner Pädagoginnen und Pädagogen abhängen.

Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Erwachsenenbildung

Medienkompetenz betrifft alle gesellschaftlichen Gruppen. Von Kindern, Jugendlichen, Eltern,

⁴ [Report Media Literacy GB.pdf](#)

Berlin, den 05.03. 2026

Großeltern und anderen Bezugspersonen: alle brauchen Orientierung. Volkshochschulen, Familienbildungsstätten oder Online-Angebote könnten hier eine größere Rolle spielen.

Unterstützung lokaler Partner

Bibliotheken, kommunale Einrichtungen und zivilgesellschaftliche Initiativen sind oft niedrigschwellige Orte der Begegnung. Sie könnten gezielt gestärkt werden, um Medienkompetenz in Gemeinden zu vermitteln; praxisnah und generationenübergreifend.

Medienbildung sollte früh beginnen, verbindlich sein, professionell begleitet werden und nicht nur Schule, sondern die gesamte Gesellschaft einbeziehen.

Dabei kann auf bestehende Strukturen aufgebaut werden. Die öffentlich-rechtlichen Medien stellen bereits heute zahlreiche Angebote bereit, die Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern unterstützen. Dazu gehören etwa Unterrichtsmaterialien und journalistische Erklär-Formate, auch direkte Begegnungsformate wie der bundesweite Jugendmedientag (der am 12. November 2026 erstmals gemeinsam von ARD, ZDF und Deutschlandradio veranstaltet wird), bei dem Jugendliche Redaktionen besuchen, Workshops mitmachen oder an Livestreams teilnehmen und Einblicke in journalistische Arbeit erhalten.

Programme wie „ZDF goes Schule“ bündeln journalistische Inhalte, Hintergrundmaterialien und didaktisch aufbereitete Beiträge für den schulischen Einsatz. Ergänzend richten sich Formate des jungen Content-Netzwerks **funk** gezielt an Jugendliche und greifen Themen wie Desinformation, Influencer-Ökonomie oder Plattformlogiken in einer für junge Zielgruppen verständlichen Form auf.

Darüber hinaus unterstützen Initiativen wie „SCHAU HIN! – Was Dein Kind mit Medien macht“, getragen unter anderem von ARD und ZDF, Eltern und Erziehende mit Informationen und Orientierung zur Mediennutzung von Kindern.

Diese Beispiele zeigen: Viele Bausteine existieren bereits. Eine zentrale Herausforderung besteht darin, solche Angebote systematischer zu bündeln, sichtbar zu machen und langfristig in Bildungsstrukturen einzubinden.

III. Prävention und Früherkennung: Was wirkt, was erreicht wen?

1 Welche Präventionsangebote gegen bspw. exzessive Mediennutzung und Mediensucht, digitale Gewalt, sexualisierte Gewalt, Hate Speech u.a.m. existieren bundesweit – und wie werden sie genutzt?

Uns liegt hier keine systematische Übersicht vor. Wahrnehmbar ist eine große Heterogenität: Es gibt zahlreiche Initiativen, von Beratungsstellen über schulische Programme bis hin zu zivilgesellschaftlichen Projekten, aber sie wirken oft regional, projektbezogen oder befristet. Für Eltern stellt sich daher die Frage: Wo finde ich eine verlässliche, bundesweit sichtbare Anlaufstelle je nach Problemlage?

Das deutet unabhängig von Art und Qualität des Engagements zusätzlich auf ein Sichtbarkeits- und Koordinationsproblem hin.

Berlin, den 05.03. 2026

Wieweit diese Angebote flächendeckend genutzt werden können, können wir nicht beurteilen. Ihre Wirksamkeit wird aber stark davon abhängen, wie leicht sie auffindbar und wie niedrigschwellig sie zugänglich sind.

Hier besteht also ein Bedarf an angemessener Bündelung und transparenter Kommunikation, damit Prävention nicht vom Zufall, vom Wohnort oder dem Engagement des Elternhauses abhängt.

2 Welche Evidenz gibt es zur Wirksamkeit dieser Angebote?

Hierzu liegen uns keine Informationen vor.

3 Erreichen Präventionsangebote besonders vulnerable Gruppen (armutsbetroffene Familien, Kinder mit Förderbedarf)? Wenn nein, warum nicht?

Auch hierzu liegen uns keine Informationen vor. Naheliegender ist aber, dass Zugänglichkeit eine zentrale Rolle spielt.

Das haben wir in der ARD beispielsweise mit unseren Angeboten in ‚Einfacher Sprache‘, um komplexe Themen verständlicher zu machen, insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten oder geringen Deutschkenntnissen.

Angebote müssen niedrigschwellig, sprachlich verständlich und institutionell gut angebunden sein, um bei armutsbetroffenen Familien oder Kindern mit besonderem Förderbedarf anzukommen.

Insbesondere Kinder aus zugewanderten Familien sollten hier ebenfalls in den Blick genommen werden. Digitale Medien ermöglichen es, kulturelle und sprachliche Bezüge unabhängig vom Aufenthaltsort aufrechtzuerhalten. Das kann für Zugehörigkeit und Identitätsstabilität unterstützend wirken. Gleichzeitig wird in der Integrationsforschung diskutiert, inwiefern digitale Parallelöffentlichkeiten die Notwendigkeit unmittelbarer sozialer Interaktion im lokalen Umfeld verändern können. Entscheidend ist daher, digitale Teilhabe nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung realer sozialer Integration zu verstehen.

4 Welche Warnsignale für bspw. Suchtentwicklung, depressive Symptomatik, sozialen Rückzug, Schulverweigerung sind Fachkräften bekannt – werden sie frühzeitig und ausreichend erkannt und welche konkreten Schritte folgen daraus?

Zu dieser Frage liegen uns keine fachlich fundierten Erkenntnisse vor.

5 Welche Rolle spielen Plattformbetreiber bei Prävention und wo sehen Sie Defizite?

Um die Rolle von Plattformbetreibern zu verstehen, ist es hilfreich, den digitalen Kontext historisch einzuordnen. Mit der Einführung des iPhones 2007 kam das Smartphone im modernen Sinne in die Haushalte und seit etwa 2015, mit seiner massenhaften Verbreitung, hat es den Zugang zu Informationen grundlegend verändert. Inhalte erreichen ihr Publikum

Berlin, den 05.03. 2026

zunehmend über digitale Plattformen, deren Sichtbarkeit nicht redaktionell kuratiert, sondern immer mehr durch algorithmische Auswahlprozesse gesteuert wird.

Diese Entwicklung verändert die Rahmenbedingungen öffentlicher Kommunikation. Aufmerksamkeit wird zur zentralen Ressource. Reichweite entsteht primär durch messbare Nutzerreaktionen, etwa Likes, Kommentare, Weiterleitungen oder Verweildauer. Sichtbarkeit folgt Interaktionsdynamiken.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der präventiven Verantwortung von Plattformbetreibern. Formal erfüllen Plattformen regulatorische Aufgaben: Sie stellen Meldewege bereit, formulieren Moderationsrichtlinien, veröffentlichen Transparenzberichte und setzen gesetzliche Vorgaben um. Diese Instrumente existieren, ihre konkrete Ausgestaltung ist jedoch häufig komplex, interpretationsbedürftig und für Nutzerinnen und Nutzer nicht immer leicht nachvollziehbar.

Gleichzeitig beruhen viele Geschäftsmodelle auf der Maximierung von Verweildauer und Interaktion. Daraus ergibt sich ein struktureller Zielkonflikt: Prävention zielt auf Begrenzung schädlicher Dynamiken, Plattformökonomie auf gesteigerte Aufmerksamkeit.

Dieses Spannungsverhältnis führt zu einer Verantwortungsasymmetrie. Unternehmen können ihre Systeme kontinuierlich optimieren, um Nutzerbindung zu erhöhen. Gelingt dies, profitieren sie ökonomisch. Die möglichen sozialen Folgekosten, etwa durch problematische Nutzung, Desinformation oder Eskalationsdynamiken, tragen jedoch kaum die Anbieter, sondern vor allem Individuen und Gesellschaft.

Dabei handelt es sich nicht ausschließlich um eine Kinder- und Jugendfrage. Erwachsene sind denselben Aufmerksamkeits- und Anreizstrukturen ausgesetzt. Wenn etwa ein erwachsener Mensch durch digitale Geschäftsmodelle in problematische Konsum- oder Verschuldungsdynamiken gerät, wird deutlich, dass es sich um ein strukturelles und nicht allein um ein altersbezogenes Thema handelt.

Wie zuvor in Kapitel III.3 ausgeführt, können digitale Informationsdynamiken öffentliche Debatten verändern. Aufmerksamkeitslogiken bevorzugen Inhalte, die starke emotionale Reaktionen auslösen; polarisierende oder emotionalisierende Beiträge erhalten dadurch strukturell mehr Sichtbarkeit. In der politikwissenschaftlichen Diskussion wird in diesem Zusammenhang der Begriff des „democratic backsliding“ verwendet. Gemeint sind Entwicklungen, in denen Vertrauen in Institutionen sinkt, Polarisierung zunimmt und die Legitimität staatlicher Institutionen schrittweise erodiert.

Das zentrale Defizit liegt daher weniger im Fehlen einzelner Präventionsinstrumente als in diesem systemischen Spannungsverhältnis zwischen ökonomischen Anreizstrukturen und gesellschaftlicher Schutzfunktion. Selbstregulierung stößt an Grenzen, wo wirtschaftliche Optimierungslogiken in eine andere Richtung wirken.

Erforderlich erscheinen daher:

- klare, durchsetzbare regulatorische Rahmenbedingungen
- Transparenz über Moderations- und Empfehlungsmechanismen
- nachvollziehbare Wirkungskontrollen
- internationale Kooperation, da Plattformstrukturen global operieren

Digitale Öffentlichkeiten sind grenzüberschreitend organisiert. Regulierung und Prävention müssen daher ebenfalls international anschlussfähig sein. Prävention kann langfristig nur wirksam sein, wenn technische Infrastruktur, ökonomische Anreizsysteme und demokratische Schutzmechanismen aufeinander abgestimmt werden.

Berlin, den 05.03. 2026

Viele regulatorische Maßnahmen wirken zwangsläufig reaktiv. Sie greifen erst, nachdem problematische Dynamiken sichtbar geworden sind, und beziehen sich häufig auf bereits bestehende Praktiken. Digitale Geschäftsmodelle entwickeln sich jedoch kontinuierlich weiter. Dadurch entsteht immer wieder eine zeitliche Lücke zwischen Innovation und Regulierung. Hinzu kommt, dass die Einhaltung geltender Regeln zwar formal zugesichert wird, ihre praktische Umsetzung jedoch komplex ist und Umgehungsstrategien nicht ausgeschlossen werden können. Rechtliche Vorgaben allein reichen daher nicht aus, um alle Risiken präventiv abzufangen.

Die Wirksamkeit regulatorischer Maßnahmen bleibt damit in zweifacher Hinsicht begrenzt: Sie reagieren auf bereits etablierte Praktiken und entfalten ihre Schutzwirkung nur, wenn Regeln auch tatsächlich greifen.

Vor diesem Hintergrund gewinnt Medienkompetenz eine zentrale Bedeutung. Wenn Kinder, Jugendliche und Erwachsene verstehen, wie digitale Dienste funktionieren und wo Manipulationsmechanismen greifen, entsteht eine zusätzliche Schutzebene. Sie ersetzt Regulierung nicht, ergänzt sie jedoch dort, wo strukturelle Lücken bestehen. Medienkompetenz wird damit zur proaktiven Antwort in einem Umfeld, das sich schneller verändert, als Regeln angepasst werden können.

IV. Hilfewege und Meldestrukturen

- 1. Welche Formen digitaler Gewalt nehmen aktuell zu?**
- 2. Wie niedrigschwellig und bekannt sind bestehende Meldestrukturen auf Plattformen tatsächlich für Kinder und Jugendliche?**
- 3. Warum wird digitale Gewalt häufig nicht angezeigt?**
- 4. Welche Hürden bestehen bei der Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe, Polizei und Justiz?**
- 5. Wie kann Opferschutz verbessert werden, ohne Kinder zusätzlich zu retraumatisieren?**

Zu den Punkten 1, 2, 4 und 5 können wir keine fundierte Einschätzung geben, da sie außerhalb unserer fachlichen Zuständigkeit liegen.

Einzig zu Punkt 3 kann ich aus der Alltagsperspektive Folgendes sagen: Digitale Gewalt wird häufig nicht angezeigt, weil der erste Schritt bereits eine große Hürde darstellt, nämlich es überhaupt zu Hause anzusprechen. Viele Kinder und Jugendliche bewegen sich zumindest teilweise heimlich oder entgegen elterlichen Vereinbarungen im Netz. Wenn dann etwas Übergriffiges oder Beschämendes passiert, entsteht ein doppeltes Dilemma: Sie müssten nicht nur den Vorfall offenlegen, sondern gleichzeitig ein mögliches Regelbrechen eingestehen. Hinzu kommt Scham, insbesondere bei sexualisierten Inhalten oder sozialer Bloßstellung. Bevor also Polizei oder Plattformmeldesysteme überhaupt ins Spiel kommen, steht oft diese erste, familiäre Schwelle. Und genau dort entscheidet sich, ob Hilfewege überhaupt betreten werden.

Berlin, den 05.03. 2026

V. Intervention und Strafverfolgung: Grenzen, Bedarfe, Kooperation

- 1. Welche strukturellen Grenzen haben Strafverfolgung und Justiz bei internationalen Plattformen, verschlüsselter Kommunikation und anonymen Accounts?**
- 2. Wo braucht es klare Verfahren zwischen Schule/Jugendhilfe, Polizei/Justiz und Meldestellen?**
- 3. Welche Ressourcen- und Kompetenzbedarfe sehen Sie bei Polizei und Justiz (bspw. Digitalforensik, Opferschutz, Fortbildung, Spezialisierung)?**
- 4. Welche Erwartungen haben Sie an Plattformen in Ermittlungs- und Opferschutzkontexten (bspw. Schnittstellen, Reaktionszeiten, Beweissicherung, Account-Handling)?**
- 5. Welche Änderungen wären aus Praxissicht am wirksamsten: Vollzug/Strukturen, rechtliche Anpassungen, internationale Kooperation, technische Standards?**

Zu den Punkten 1, 3 und 4 können wir keine fachlich fundierte Einschätzung geben. Sie liegen außerhalb unserer Zuständigkeit.

Zu Punkt 2:

Überall dort, wo mehrere Institutionen beteiligt sind, braucht es klare und verbindliche Verfahren. Unklare Zuständigkeiten, parallele Meldewege oder fehlende Rückkopplung erzeugen Verzögerung und Unsicherheit. Gerade bei Fällen digitaler Gewalt oder strafrechtlicher Relevanz, das kann ich aus der Perspektive von ‚No Hate‘ im rbb beurteilen, ist maximale Kooperation zwischen Schule, Jugendhilfe, Polizei, Justiz und Plattformmeldestellen entscheidend. Die Stelle des No-Hate-Beauftragten wurde 2021 im rbb auf meine Initiative hin geschaffen. Hier scheint mir weniger ein Erkenntnis-, sondern eher ein Strukturproblem zu liegen: Wer informiert wen, in welchem Zeitfenster, mit welcher Dokumentation?

Zu Punkt 5:

Da große Tech-Unternehmen global agieren, stoßen rein nationale Lösungen zwangsläufig an Grenzen. Plattforminfrastrukturen, Datenströme und Geschäftsmodelle sind transnational organisiert. Effektive Regulierung erfordert daher internationale Kooperation, sowohl rechtlich als auch regulatorisch. Gleichzeitig darf der Verweis auf internationale Komplexität nicht dazu führen, dass nationale Initiativen unterbleiben. Handlungsschritte müssen auf nationaler Ebene beginnen, auch wenn sie perspektivisch europäisch und international weiterentwickelt werden. Dies gilt nicht nur für Regulierung, sondern ebenso für Medienbildung.

VI. Institutionelle und strukturelle Perspektiven

- 1. Werden Risiken digitaler Medien systematisch in der Kinder- und Jugendhilfe berücksichtigt – oder vor allem reaktiv, also nachdem etwas vorgefallen ist, behandelt?**

Das liegt fachlich außerhalb unseres Zuständigkeitsbereiches. Als Beobachterin öffentlicher Debatten habe ich den Eindruck, dass digitale Risiken häufig dann größere Aufmerksamkeit erfahren, wenn spektakuläre Einzelfälle oder mediale Ereignisse auftreten.

Berlin, den 05.03. 2026

2. Welche strukturellen Faktoren fördern problematische Nutzung (z. B. Plattformdesign, Influencer-Ökonomie, digitale Dauerverfügbarkeit)?

Zu den strukturellen Faktoren problematischer Nutzung habe ich bereits in den Abschnitten „Plattformbetreiber bei Prävention – struktureller Zielkonflikt“, „Rage Baiting“ sowie „Intensivierung von Vergleichsdynamiken“ (S. 16ff, S.7) Stellung genommen. Um Wiederholungen zu vermeiden, verzichte ich an dieser Stelle auf eine erneute Ausführung.

3. Wann und wo greift konkret die Verantwortung von Eltern, Bildungseinrichtungen, Plattformen, Strafverfolgung/Justiz – und wo bleiben Grauzonen?

Zur Frage der Verantwortungsverteilung und der bestehenden Grauzonen habe ich bereits in den Abschnitten „Plattformbetreiber bei Prävention – struktureller Zielkonflikt“, „Fazit im Sinne meiner Leitthese“ sowie in den Ausführungen zur „Dauerpräsenz von Öffentlichkeit“ Stellung genommen (S. 16ff, S.8 und S.6).

4. Welche Qualifikationsdefizite sehen Sie bei Fachkräften in den Bereichen Kita, Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Soziale Arbeit, Polizei und Justiz – und welche Fortbildungsformate wären praxistauglich?

Ob und wo Qualifikationsdefizite bestehen, entzieht sich unserer Kenntnis. Es stellt sich jedoch die grundsätzliche Frage, ob institutionelle Ausbildungs- und Fortbildungsstrukturen mit der Geschwindigkeit digitaler Entwicklungen Schritt halten können. Technologischer Wandel verläuft sehr dynamisch. Institutionelle Anpassungsprozesse benötigen naturgemäß mehr Zeit. Diese Taktungslücke ist möglicherweise eine der zentralen Herausforderungen. Die Frage der Qualifikation muss dabei gemeinsam mit den strukturellen Rahmenbedingungen der Kompetenzvermittlung betrachtet werden. Es genügt nicht, ausreichend qualifizierte Lehrkräfte zu haben, es braucht auch genügend curriculare Freiräume, damit Medienbildung tatsächlich stattfinden kann.

5. Welche innovativen Ansätze (z. B. Schul-Polizei-Kooperationen, Peer-to-Peer Prävention, Plattform-Melde-Tools) sind besonders vielversprechend oder haben sich bereits bewährt?

Aus unserer Sicht liegt die eigentliche Innovationskraft im Bereich Medienkompetenz nicht in einzelnen Projekten, sondern in ihrer strukturellen Verankerung.

Viele Initiativen entstehen mit großem Engagement, doch ihre Wirkung bleibt begrenzt, wenn sie befristet, institutionell nicht angebunden oder nicht systematisch evaluiert sind. Nachhaltigkeit entsteht dort, wo Finanzierung, organisatorische Einbettung und Qualitätsprüfung langfristig gesichert sind.

Vor diesem Hintergrund betrachte ich den Ansatz der öffentlich-rechtlichen Sender eine Medienkompetenz-Allianz zu bilden als besonders vielversprechend.

Die Ausgangslage ist klar: Medienbildung / Medienkompetenz wird bereits von zahlreichen Akteuren getragen: Öffentlich-rechtliche Medien, Landesmedienanstalten, Volkshochschulen, Wissenschaft, zivilgesellschaftliche Organisationen. Was bislang fehlt, ist eine verlässliche Koordination.

Eine Allianz könnte strukturierend wirken, indem sie bestehende Aktivitäten bündelt, gemeinsame Qualitätsstandards entwickelt und Angebote sichtbarer sowie evaluierbar macht.

Berlin, den 05.03. 2026

Ziel ist nicht der Aufbau neuer Parallelstrukturen, sondern die koordinierte Vernetzung vorhandener Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Zivilgesellschaft. Perspektivisch ließe sich diese Zusammenarbeit vertiefen, etwa durch abgestimmte Bildungsangebote und eine gemeinsame öffentliche Sichtbarkeit unter einem verbindenden Dach. Voraussetzung dafür ist eine systematische Evaluation, um Wirkung nachvollziehbar zu machen.

Innerhalb des öffentlich-rechtlichen Systems sind erste Schritte in diese Richtung gemacht:

ARD, ZDF und Deutschlandradio koordinieren ihre Aktivitäten im Bereich Medienkompetenz zunehmend enger, etwa durch gemeinsame Formate wie den Jugendmedientag, abgestimmte Informationsangebote oder strategische Konsultationen auf Leitungsebene. Damit wird Medienkompetenz nicht länger als Einzelinitiative einzelner Häuser verstanden, sondern als gemeinsamer Auftrag. Perspektivisch wollen wir diese Zusammenarbeit weiter vertiefen.

Darüber hinaus erscheint eine schrittweise Öffnung gegenüber weiteren Partnern sinnvoll, insbesondere gegenüber Landesmedienanstalten, kommunalen Bildungseinrichtungen und wissenschaftlichen Institutionen. Langfristig könnte ein solches Modell auch europäisch anschlussfähig werden und sich mit vergleichbaren internationalen Initiativen, etwa der AMLA [Australian Media Literacy Alliance], vernetzen.